

Claude Longchamp

finanzmonitor
2009 konservative
finanzpolitik auch
in krisenzeiten

Impressum

Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch

Redaktion: Heike Scholten, economiesuisse

Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, Visuelle Kommunikation, Zürich

Druck: Printlink AG, Zürich

© economiesuisse 2009

Vorwort

«Leute wie Sie und ich» bleiben unverändert die glaubwürdigsten Personen in Sachen Finanz- und Steuerpolitik. 2009 haben wir diesen «privaten Experten» wieder auf den Zahn gefühlt. Wir wollen regelmässig erfahren, wie der Souverän über die Verwendung von Steuergeldern denkt. In welchen Bereichen müsste mehr ausgegeben oder mehr gespart werden und wie soll der Staat sich verhalten, wenn sich Defizite oder Überschüsse im Haushalt abzeichnen? Die Fragen sind seit Jahren dieselben, was über die Zeit die Verlässlichkeit der Befunde erhärtet. Doch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Umfeld markant verändert. Welchen Einfluss hat diese Entwicklung aber auf die Meinung, wie Finanz- und Steuerpolitik gestaltet werden soll?

Die Wirtschaftskrise ist zwar bei den Menschen angekommen. Und für die Mehrheit ist klar: Die Talsohle ist noch nicht erreicht, die Lage wird sich weiter verschlechtern. Doch die wohl schwerste Rezession seit Jahrzehnten ist für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kein Grund, von ihren häuslichen Positionen in der Finanz- und Steuerpolitik abzurücken. Im Gegenteil.

Auch in Krisenzeiten bleibt der Souverän gefestigt und will klar eine konservative Finanzpolitik. So ist über Parteigrenzen bis ins linke Lager hinein völlig unbestritten, dass der Staat seine bestehenden Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln optimal lösen soll. Steuererhöhungen, erst recht für neue Projekte, sind tabu. Im Gegenteil – für eine Mehrheit wäre es auch heute sogar opportun, die Steuern präventiv zu senken, um den Spar- druck auf die Ausgaben zu erhöhen. Ausserdem bevorzugt nach wie vor eine überwältigende Mehrheit der Befragten, die Löcher im Staatshaushalt über eine Kürzung der Ausgaben

statt über Steuererhöhungen zu stoppen. Dies steht im klaren Kontrast zum finanzpolitischen «Laissez aller», das von gewissen politischen Kreisen gefördert bzw. toleriert wird und das vor allem im internationalen Kontext zu beobachten ist.

Der Finanzmonitor ist ein Seismograf der öffentlichen Befindlichkeiten, den sich auch die Politik für die Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik zunutze machen kann. Denn erst recht in wirtschaftlich schlechten Zeiten geht es darum, die Weichen für die Schweiz einerseits so zu stellen, dass die schlimmsten Folgen abgefedert werden, und andererseits der Weg in die Zukunft nachhaltig gestaltet wird. Das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in eine verlässliche Politik ist in dieser Zeit von besonderer Bedeutung.



Pascal Gentinetta
Vorsitzender
der Geschäftsleitung



Christoph Schaltegger
Mitglied der
Geschäftsleitung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Gentinetta'.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schaltegger'.

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Das Wichtigste in Kürze | 4 |
| 1 Einleitung | 10 |
| 1.1 Mandat | 10 |
| 1.2 Zielsetzungen | 10 |
| 1.3 Design | 10 |
| 1.4 Arbeitshypothesen und aktuelles Umfeld der Befragung | 11 |
| 1.5 Auswertungsmethoden | 14 |
| 1.6 Forschungsteam | 14 |
| 2 Befunde | 15 |
| 2.1 Übersicht | 15 |
| 2.2 Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen | 15 |
| 2.3 Einstellung zu den öffentlichen Finanzen | 20 |
| 2.4 Beurteilung der Akteure in der Finanz- und Steuerpolitik | 32 |
| 3 Synthese | 35 |
| Das gfs.bern-Team | 36 |

Das Wichtigste in Kürze

Die schlechte Wirtschaftslage wird von der Bevölkerung klar wahrgenommen. Allerdings sind die Einflüsse mitten im Abschwung eher punktueller als flächendeckender Natur.

Bei der Glaubwürdigkeit der Akteure sind die Effekte beschränkt. Wirtschaftlich ausgerichtete Akteure werden eher besser, politische eher schlechter beurteilt.

Auf die strategische Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik hat die Wirtschaftskrise kaum einen Einfluss. Eine konservative, haushälterische Finanzpolitik wird nach wie vor priorisiert.

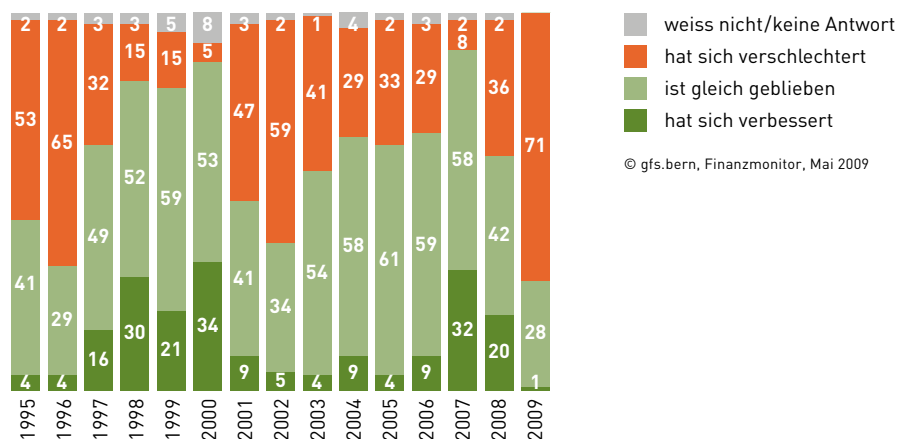
Der Finanzmonitor versteht sich als Informationssystem, das zuverlässig über relevante Fragen der Finanzpolitik der Schweiz im Quer- und im Längsschnitt aus der Sicht der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger informieren will. Der Finanzmonitor wird vom Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse in dieser Form seit 2008 durchgeführt, sodass bereits jetzt Trends erkennbar gemacht werden können. Punktuell liegen zudem auch Vergleichsdaten für die Jahre 2001 bis 2007 vor. Der Finanzmonitor 2009 basiert auf einer Repräsentativerhebung bei 1007 Schweizer Stimmberechtigten, die zwischen dem 27. April und dem 17. Mai 2009 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews durchgeführt wurden. Die Stichprobenbildung erfolgte in allen drei Sprachregionen nach einem Quotenverfahren. Dabei waren Geschlecht und Alter für die zu interviewenden Personen aufgrund der Verteilungen in der Volkszählung im Jahr 2000 vorgegeben. Die Resultate sind somit repräsentativ für die Schweizer Stimmberechtigten.

Die Wirtschaftslage wird in diesem Jahr mehrheitlich als kritisch wahrgenommen. Die aktuelle Ausgabe des Finanzmonitors zeigt so zunächst, wie sensibel die stimmberechtigte Bevölkerung bezogen auf das Wirtschaftsklima reagiert: 71 Prozent der Befragten sind der Auffassung, die allgemeine Wirtschaftslage habe sich in den vergangenen zwölf Monaten verschlechtert; 28 Prozent meinen, es sei alles gleich geblieben. 55 Prozent rechnen für die kommenden zwölf Monate mit weiteren Verschlechterungen, 34 Prozent gehen von einer gleich bleibenden Wirtschaftslage aus und sieben Prozent hoffen auf Verbesserung.

Grafik 1

«Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?»

Trend aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage
in Prozent Stimmberechtigter

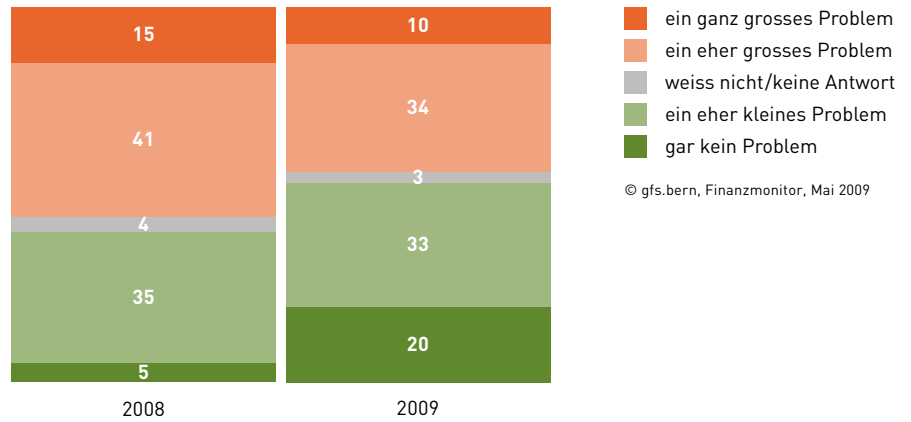


Die persönlichen Steuerbelastungen werden zwar von einem grossen Teil der stimmberechtigten Bevölkerung beklagt, doch sind die kritischen Werte im Vergleich zu 2008 rückläufig. Zehn Prozent sehen in ihrer Steuerlast ein grosses Problem, weitere 34 Prozent ein eher grosses. Diese Werte sind bei den unteren und mittleren Einkommensklassen überdurchschnittlich hoch ausgeprägt.

Grafik 2

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Trend Belastung durch Steuern
in Prozent Stimmberechtigter



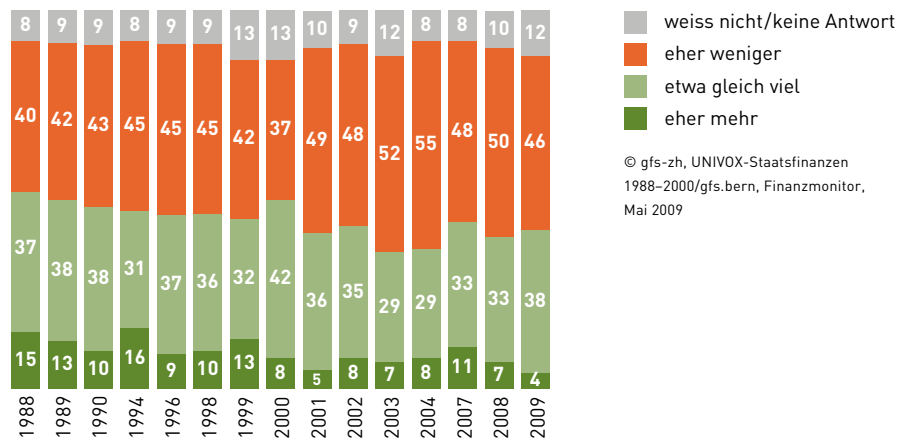
95 Prozent der Befragten bezahlen ihre Steuern sehr oder eher ungerne, das sind 21 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 89 Prozent betrachten die Bezahlung aber als ihre Pflicht. 85 Prozent geben an, ihre Steuern zu bezahlen, damit der Staat funktioniert und 70 Prozent wollen, nachdem sie ihre Steuern beglichen haben, vom Staat in Ruhe gelassen werden

Das Verhältnis zwischen Steuerabgaben und steuerlichen Leistungen wird praktisch konstant beurteilt. Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto kritischer fällt die Bilanz aus. Moderat ist die Kritik bei mittleren und tiefen Einkommen. Bei Letzteren gibt es auch eine minderheitliche Gruppe, die vermutet, dass sie mehr erhält, als sie über Steuern einbringt.

Grafik 3

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter



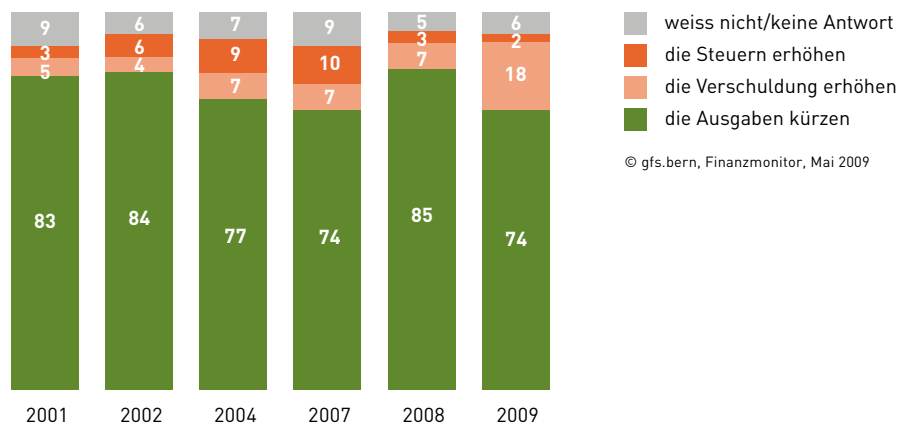
Eine Mehrheit von 59 Prozent ist der Auffassung, die Behörden vernachlässigten wichtige Aufgaben. Das ist der höchste Wert seit dem Beginn der Erhebung. Es ist erstmals auch ein grösserer Anteil der Befragten, der die Meinung teilt, die Behörden hätten die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff (55 Prozent).

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer, allerdings noch immer Minderheiten, möchten bei den öffentlichen Ausgaben beim Strassenbau, bei der IV und im Gesundheitswesen sparen. Nur bei der IV ist das nicht neu, sondern seit der Erhebung von 2002 anhaltend. In allen anderen Bereichen würde man eher noch mehr sparen wollen. Insbesondere die Meinungen zu den Ausgabenbereichen Löhne der Verwaltung und Entwicklungshilfe sind im Jahresvergleich kritischer geworden. Zudem polarisieren die Antworten gegenüber der Forschung stärker als vor Jahresfrist.

Grafik 4

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?»

Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

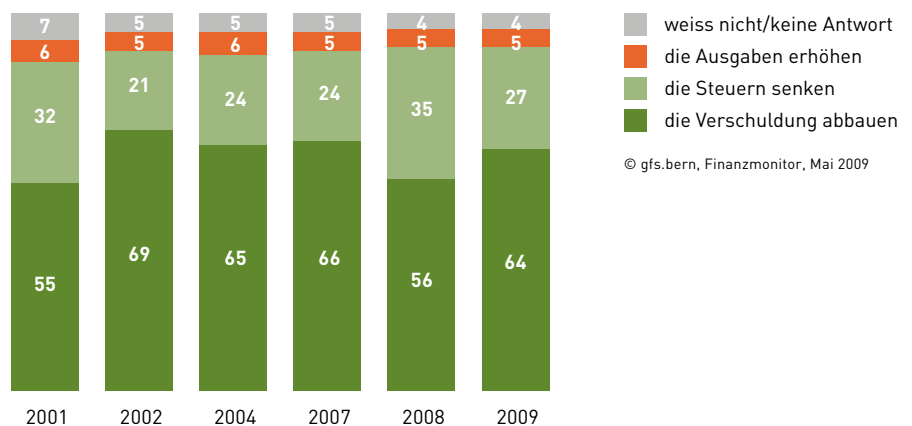


Wenn der Staat in seiner Jahresrechnung Defizite ausweist, haben Ausgabenkürzungen gemäss der Mehrheit der Stimmberechtigten Vorrang: 74 Prozent halten das in dieser Situation für die richtige Massnahme. Nur 18 Prozent finden es richtig, dass man sich neu verschuldet und nur zwei Prozent votieren in erster Linie für Steuererhöhungen. Zeitlich gesehen gibt es leichte Verschiebungen. Die Neuverschuldung wird auf ganz tiefem Niveau häufiger akzeptierter. An den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen ändert das aber noch nichts.

Grafik 5

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?»

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter



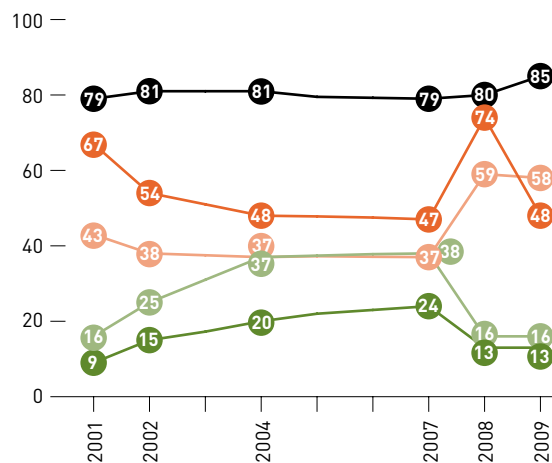
Wenn umgekehrt der Staat in seinem Jahresabschluss Überschüsse ausweist, hat der Abbau der Verschuldung für 64 Prozent der Stimmberechtigten Priorität. 27 Prozent sind für Steuersenkungen. Damit regiert in diesem Fall nicht die kurzfristige Reaktion. Vielmehr ist man der Meinung, dass eine langfristig ausgerichtete Gesundung der öffentlichen Finanzen Vorrang hat. Die Werte sind bei leichten Jahresschwankungen fast unverändert, seit diese Fragestellung geprüft wird.

Grafik 6

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welcher Sie sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

Trend Strategien zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben

in Prozent Stimmberechtigter, sehr und eher einverstanden



- Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen
- Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken
- Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden
- Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen
- Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

Weitgehend unverändert polarisiert bleiben die Meinungen zu den generellen finanzpolitischen Strategien der öffentlichen Hand. Klar abgelehnt werden Steuererhöhungen, um neue Aufgaben anpacken zu können. Neue Aufgaben zu initiieren, selbst wenn man später die Steuern erhöhen muss, bleiben ebenso unbeliebt.

Steuersenkungen bleiben mehrheitlich akzeptiert, wenn es darum geht, zuerst die Steuern und damit später die Ausgaben zu reduzieren. Die knapp nicht mehrheitliche Zustimmung zum gleichzeitigen Senken der Steuern und Ausgaben ist wieder auf das Niveau der vorherigen Jahre zurückgekehrt.

Nach wie vor beliebteste Strategie bleibt, die bestehenden Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln – ohne neue Einnahmen – zu lösen.

In Finanzfragen gelten nach wie vor «Leute wie Sie und ich» als glaubwürdigste Akteure. Darüber hinaus findet aber eine Verlagerung statt, indem beispielsweise die Gewerkschaften klar glaubwürdiger erscheinen. Ähnlich ist der Trend auch bei Wirtschaftsverbänden wie economiesuisse und den Arbeitgeberorganisationen. Wenn Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden zulegen können, hat das vor allem eine Ursache: Sie gelten nicht als Verursacher der Krise, sondern vielmehr als Akteure, die sich für die Zukunft der Wirtschaft einsetzen.

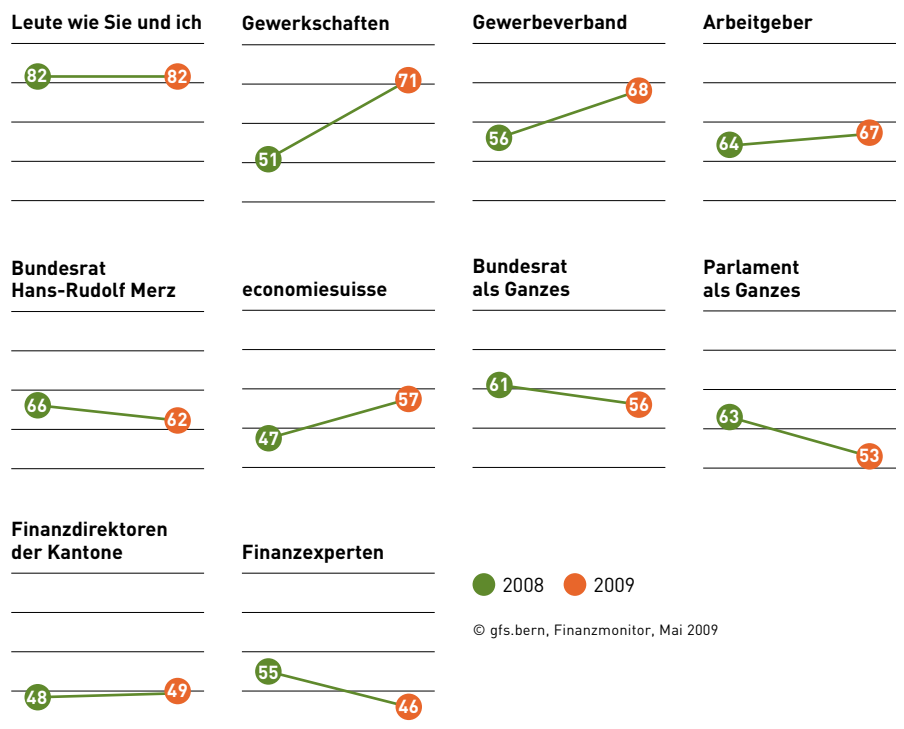
Politische Instanzen verlieren dagegen an zugeschriebener Glaubwürdigkeit. Die guten Werte, die aus Zeiten der Finanzüberschüsse resultieren, erodieren. Das gilt ganz besonders auch für Finanzexperten, die ihre mehrheitliche Glaubwürdigkeit in Finanz- und Steuerfragen innert Jahresfrist verloren haben. Die Finanzdirektoren der Kantone können sich insgesamt halten. Bei den politischen Parteien ergeben sich, mit Ausnahme der SVP, minimale Verbesserungen.

Grafik 7

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind, wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

Trend Glaubwürdigkeit Akteure der Finanz- und Steuerpolitik

in Prozent Stimmberechtigter, sehr glaubwürdig und eher glaubwürdig



1 Einleitung

1.1 Mandat

Monitore sind Informationssysteme, die der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliches Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse und Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse erstellt, beabsichtigt, über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

1.2 Zielsetzungen

Der Finanzmonitor soll langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- Beurteilung der eigenen Steuern und der eigenen Steuerlast,
- generelle Beurteilung der Steuerpolitik, des Umgangs der öffentlichen Hand mit den Einnahmen, des Ausgabeverhaltens und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- Aus- und Abbaupotenziale bei den öffentlichen Finanzen nach Bereichen und generell,
- Bild der finanzpolitischen Akteure.

Diese Informationen werden jährlich erhoben, gesichtet, analysiert und publiziert. Die erste Erhebung nach diesem Muster wurde im Jahr 2008 durchgeführt.

1.3 Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

- erstens die Konstanz der Fragestellungen,
- zweitens die Konstanz der Stichprobenbildung und
- drittens die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betraut wird. Die zweite Bedingung wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Eckwerten fixiert. Die erste Bedingung wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam sichergestellt, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Die Befragung findet als persönliche, sogenannte Face-to-Face-Befragung statt. Die instruierten Befragerinnen und Befrager erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2009

| | |
|---------------------|---|
| Grundgesamtheit: | Stimmberechtigte |
| Befragungsgebiet: | ganze Schweiz, dreisprachig |
| Erhebungsart: | Face-to-Face-Interviews |
| Befragungszeitraum: | 27. April bis 17. Mai 2009 |
| Stichprobenart: | Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter) |
| Stichprobengrösse: | 1007 |
| Stichprobenfehler: | +/- 3,2 Prozent bei 50/50 |
| Verwendbarkeit: | für die Publikation bestimmt |

Die Beschränkung der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich in erster Linie als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrösse sind daher die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger.

Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen

| Jahr | Datenerhebung | Stichprobengrösse | Zeitraum | Fehlerquote |
|------|-------------------------|-------------------|--------------------------------|----------------|
| 2008 | FTF Quotenstichprobe | 1010 | 28. April bis 18. Mai 2008 | ± 3,2 %-Punkte |
| 2007 | CATI at random | 1040 | 8. bis 21. Januar 2007 | ± 3,2 %-Punkte |
| 2004 | CATI at random | 1000 | 12. bis 23. Januar 2004 | ± 3,2 %-Punkte |
| 2002 | CATI at random | 1027 | 23. Januar bis 6. Februar 2002 | ± 3,2 %-Punkte |
| 2001 | CATI at random | 1035 | 24. Juli bis 13. August 2001 | ± 3,2 %-Punkte |

Das Finanzmonitoring im eigentlichen Sinne wurde 2008 begonnen. Vorarbeiten reichen aber bis ins Jahr 2001 zurück. 2008 wurde ein neues Konzept erstellt, das eine finanzpolitische Gesamtschau erlaubt. Es diente letztes und dieses Jahr der Datenerhebung und Berichterstattung.

1.4 Arbeitshypothesen und aktuelles Umfeld der Befragung

Mit Blick auf die Querschnittsanalysen postulieren wir drei Arbeitshypothesen:

Positionen in Finanzfragen sind abhängig:

- erstens von den individuellen Interessen, die sich im Wesentlichen aus den Einkommensverhältnissen ergeben,
- zweitens von den ideologischen Positionen, die aus den parteipolitischen Bindungen abgeleitet werden können, und
- drittens von den politischen Kulturen, die das generelle Verhältnis zum Staat, seinen Institutionen und seinen Leistungen bestimmen.

Aufgrund der auf rund 1000 Personen begrenzten Stichprobengrösse sind Analysen auf Kantonsebene derzeit noch nicht möglich. Da die Kantone in Finanzfragen aber wesentlich sind, sollen sie jedoch in die Analysen miteinbezogen werden, sobald die Datenbasis aufgrund späterer Vergleichsstudien den Anforderungen an die Stichprobengrösse genügt.

Bezogen auf die Längsschnittuntersuchung interessiert uns vor allem der Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und der Entwicklung von Meinungen in Finanzfragen. Aktuell stellt sich die Frage, ob und wie sich die globale Wirtschaftskrise auf die Finanzgesinnung der Schweizerinnen und Schweizer auswirkt.

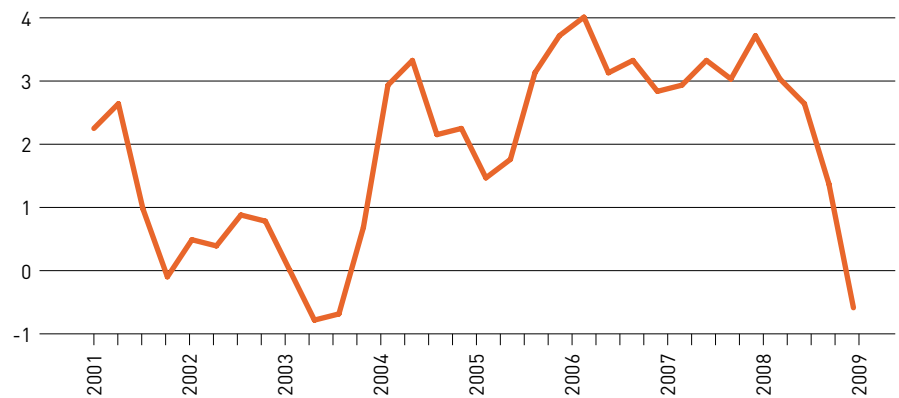
Der Zeitraum, der mit dem Finanzmonitor überblickt werden kann, erstreckt sich von 2001 bis 2009. Für die Bestimmung der Konjunktorentwicklung in dieser Phase verwenden wir das Bruttoinlandprodukt (BIP) respektive die Veränderungen des BIP gegenüber dem Vorjahr.

Dieser objektive Wirtschaftsindikator verweist seit Mitte 2008 auf einen erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Schweiz.

Grafik 8

Trend BIP

Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozent gegenüber dem Vorjahr



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009, Daten: SECO

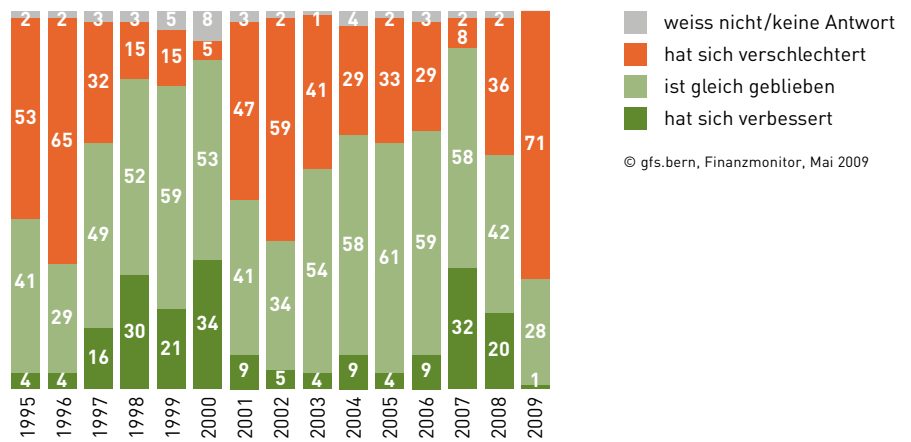
Das Bruttoinlandprodukt sank rapide unter den Tiefststand von 2003. Die jährliche Veränderung des Bruttoinlandprodukts weist auf ein Schrumpfen der Wirtschaft in der Schweiz hin.

Im Rahmen des Finanzmonitors werden subjektive Wirtschaftsindikatoren, wie sie beispielsweise auch im Sorgenbarometer seit 1995 verwendet werden, erhoben.

Grafik 9

«Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?»

Trend aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage
in Prozent Stimmberechtigter

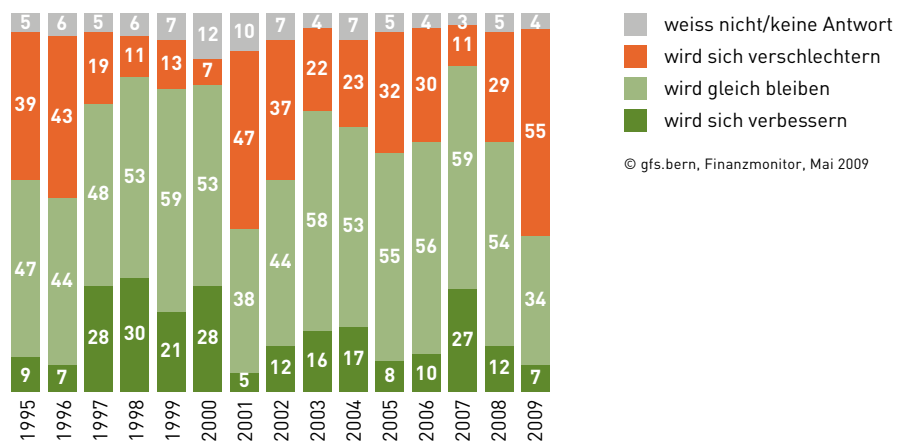


Der aktuelle Wert ist der negativste, seit das gfs.bern solche Erhebungen durchführt. 71 Prozent schätzen die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen zwölf Monaten negativ ein. 28 Prozent haben keine Veränderung realisiert und ein Prozent gab in der Befragung an, die Konjunktur habe sich verbessert. Gegenüber 2008 ist das eine Verdoppelung der negativen Antworthäufigkeit. Es handelt sich um einen signifikanten Rückgang in den beiden anderen Antwortkategorien. Die bisherigen Tiefstwerte von 1996 respektive 2002 waren weniger negativ.

Grafik 10

«Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?»

Trend kommende allgemeine wirtschaftliche Lage
in Prozent Stimmberechtigter



Das wirkt sich erfahrungsgemäss auf die Erwartungen zur Wirtschaftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten aus. Auch sie sind negativ geprägt. 55 Prozent der Befragten rechnen damit, dass der Rückgang sich fortsetzt. 34 Prozent sind der Meinung, die Wirtschaftslage wird gleich bleiben, und sieben Prozent gehen optimistisch von einer eigentlichen Umkehr aus. Auch hier ist die Krise von 2008/2009 in der Bevölkerung nachhaltiger bemerkt worden, als das 1996 oder 2002 der Fall war.

Die Wirtschaftsentwicklung wird also aktuell und prospektiv mehrheitlich negativ beurteilt. Der Einschnitt in der öffentlichen Wahrnehmung ist schnell erfolgt und stärker als in früheren Krisenlagen. Sie folgt unmittelbar den Wirtschaftsindikatoren und ihrer medialen Vermittlung.

1.5 Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet. Es wurden die für den Test der Arbeitshypothesen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

1.6 Forschungsteam

Das Forschungsteam stand unter der Leitung von Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, Institutsleiter gfs.bern und Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich. Die operative Projektleitung hatte Urs Bieri, Politikwissenschaftler, Senior-Projektleiter gfs.bern, inne. Seine Stellvertretung nahm Matthias Bucher, Sozialpsychologe und Projektleiter gfs.bern, wahr. Die Datenanalyse besorgte Stephan Tschöpe und die grafische Aufarbeitung der Ergebnisse erfolgte durch Silvia-Maria Ratelband-Pally und Martina Imfeld.

Seitens des Auftraggebers economiesuisse waren Urs Rellstab, stellvertretender Direktor und Leiter Kommunikation, und Heike Scholten, stellvertretende Leiterin Kommunikation, unsere hauptsächlichen Ansprechpartner.

2 Befunde

2.1 Übersicht

Die Darstellung der Befunde erfolgt in drei Kapiteln:

- Grundstimmung in Steuer und Finanzfragen (2.2)
- Beurteilung zentraler Strategien der Finanzpolitik des Bundes (2.3)
- Beurteilung der Akteure in der Finanzpolitik (2.4)

In jedem Kapitel präsentieren wir zuerst die aktuellen Werte, dann die zeitlichen Veränderungen und schliesslich die zentralen Konfliktlinien, die sichtbar werden.

Jeder der drei Abschnitte wird mit einer Zwischenbilanz abgeschlossen, welche die Synthese im dritten Berichtsteil vorbereitet.

2.2 Grundstimmung in Steuer- und Finanzfragen

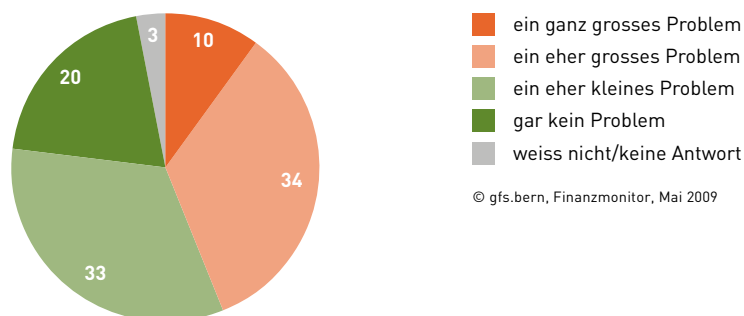
2.2.1 Individuell empfundene Steuerbelastung

Die individuell empfundenen Belastungen durch Steuern sind mittelstark ausgeprägt. Zehn Prozent der Befragten geben an, ein grosses Problem mit den Steuerabgaben für Bund, Kantone und Gemeinden zu haben. Weitere 34 Prozent bekunden ein eher grosses Problem. Zusammengenommen bekundet knapp die Hälfte der Stimmberechtigten ein Problem mit der persönlichen Steuerbelastung.

Grafik 11

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Belastung durch Steuern
in Prozent Stimmberechtigter

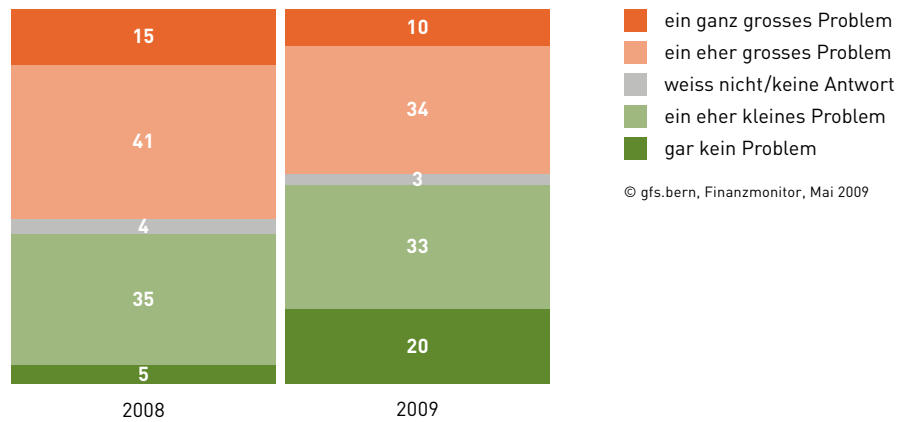


Keine Schwierigkeiten haben 20 Prozent. Beschränkt problematisch ist die Steuerbelastung bei einem Drittel der Befragten. Aufaddiert entspricht das einer knappen Mehrheit.

Grafik 12

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Trend Belastung durch Steuern
in Prozent Stimmberechtigter

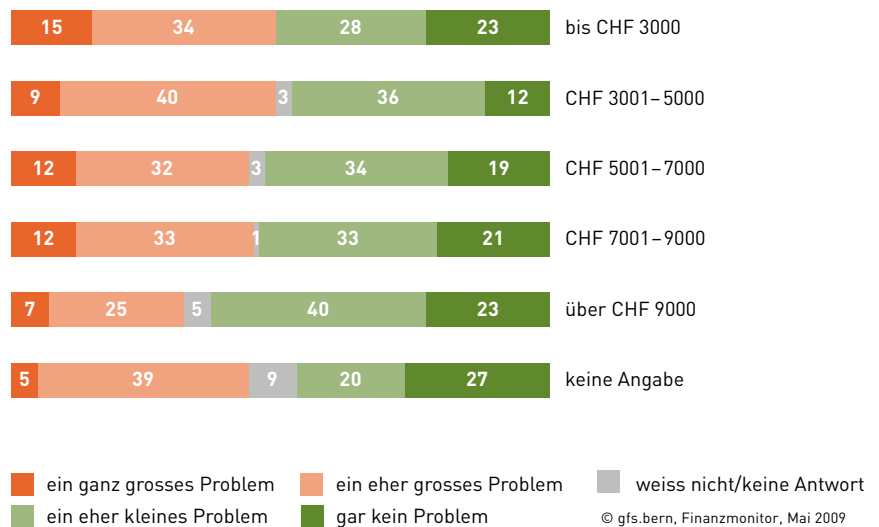


Ein längerfristiger Trend kann hier noch nicht aufgezeigt werden, da die Frage in der vorliegenden Form letztes Jahr erstmals gestellt wurde. Allerdings waren die Werte 2008 kritischer. Damals gaben 56 Prozent an, mehr oder weniger starke Probleme zu haben, die Steuern zu begleichen.

Grafik 13

«Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?»

Belastung durch Steuern nach Haushaltseinkommen
in Prozent Stimmberechtigter



Nachweislich beeinflusst das Haushaltseinkommen die Befindlichkeit. Je höher dieses ausfällt, desto höher ist der Anteil derjenigen, die keine grossen Probleme mit der Steuerlast haben. Bei mehr als 9000 Franken monatlichem Haushaltseinkommen sind das 63 Prozent, bei 3000 bis 5000 Franken Haushaltseinkommen reduziert sich der Anteil auf 48 Prozent. In den unteren Einkommensklassen hat rund die Hälfte der Befragten Probleme, die Steuern zu bezahlen, in der mittleren und oberen Mittelschicht sind es jeweils 45 Prozent.

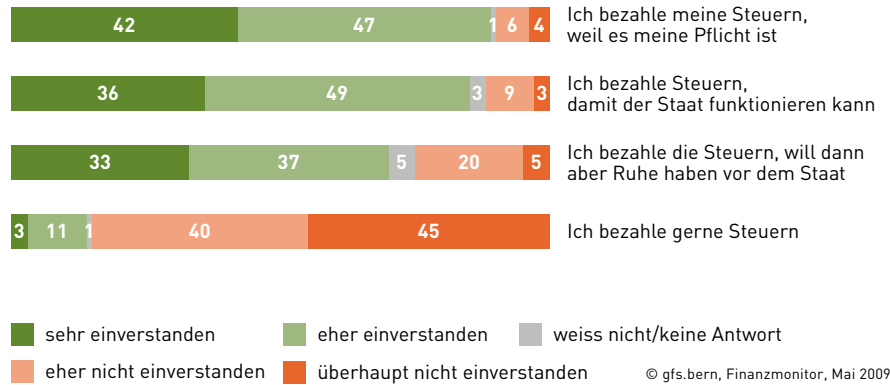
2.2.2 Ausgewählte Haltungen zum Steuerzahlen

Zwei normativ gut verankerte Meinungen prägen die eigene Einstellung zum Steuerzahlen in der Schweiz. Einmal sei die allgemeine Pflicht erwähnt, dann der Beitrag zum Funktionieren des Staates.

Grafik 14

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?»

Aussagen zu Steuern
in Prozent Stimmberechtigter



Stabile 89 Prozent bezahlen Steuern, weil sie es als ihre Pflicht ansehen. Anders als im Bereich der politischen Partizipation oder beim Militär, ist das Pflichtbewusstsein beim Steuerzahlen auf einem ausgesprochen hohen Niveau. Nur ein Zehntel der Bürgerinnen und Bürger findet, das Bezahlen der Steuern sei keine Bürgerpflicht.

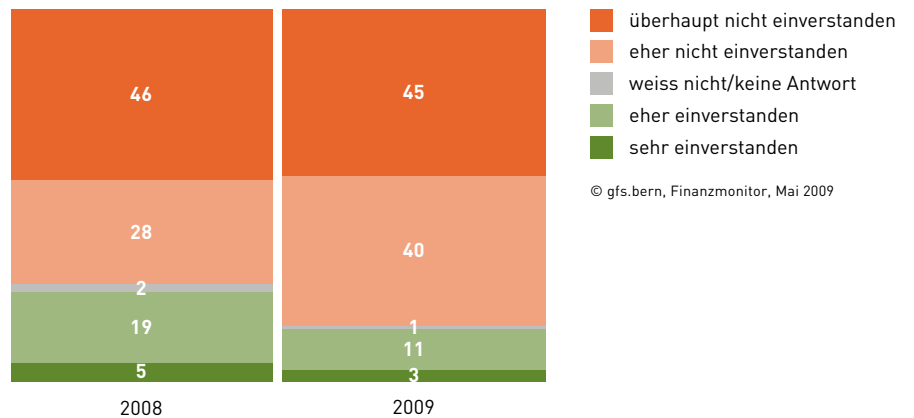
85 Prozent finden auch, dass sie die Steuern begleichen, damit der Staat funktionieren kann. Auch dieser Wert ist stabil. Veränderungen über die Zeit sind nur innerhalb der Zustimmung ersichtlich, nicht im Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung. Sie verlaufen eher in Richtung vermehrter Befürwortung einer individuellen Leistung für den Staat.

Grafik 15

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?»

«Ich bezahle gerne Steuern.»

Trend Aussagen zu Steuern
in Prozent Stimmberechtigter



Genau gleich viele Befragte, nämlich 85 Prozent, bezahlen ihre Steuern nicht gern. Der Anteil, der das Gegenteil äussert, ist zudem sinkend. Er hat sich innert Jahresfrist von 24 auf 14 Prozent verringert.

70 Prozent der Befragten wollen, wenn sie ihre Steuern bezahlt haben, vom Staat in Ruhe gelassen werden. Auch dieser Indikator ist unverändert. Er lässt den Schluss zu, dass die normative Verankerung der Steuerpflicht zwar grossmehrheitlich vorhanden ist, daraus aber kein politischer Wille abgeleitet werden kann.

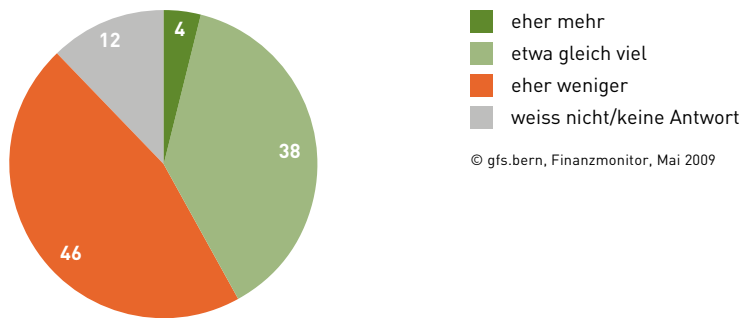
2.2.3 Austauschrelation zwischen Bürger und Staat

Gerade wenn man aus der Pflicht, Steuern zu bezahlen, und dem Willen, das Funktionieren des Staates damit zu ermöglichen, nur minderheitlich eine aktive politische Mitbestimmung ableitet, stellt sich die Frage nach dem persönlichen Kosten-Nutzen-Empfinden.

Grafik 16

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter

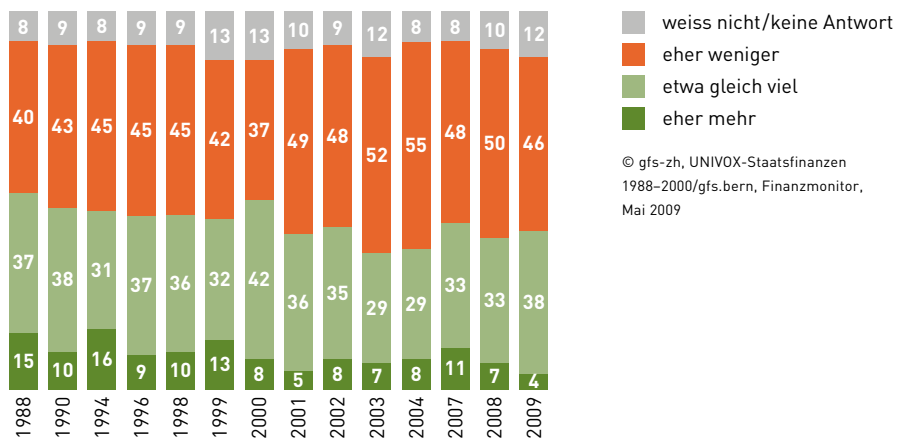


Der Finanzmonitor belegt hier eine neutrale bis negative Grundhaltung. 38 Prozent sind der Meinung, das Verhältnis zwischen Geben und Nehmen sei ausgeglichen. 46 Prozent ziehen allerdings eine nachteilige Bilanz. Gerade mal vier Prozent sind der Meinung, sie erhalten vom Staat mehr als sie geben.

Grafik 17

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben
in Prozent Stimmberechtigter

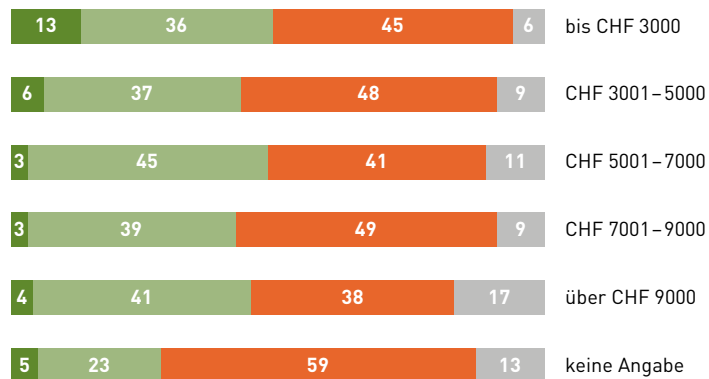


Die Ergebnisse zu dieser Fragestellung haben sich über die Zeit nur langsam verändert. Kurzfristig gibt es immer wieder Schwankungen. So auch dieses Jahr. Sie sprechen für eine minimal neutralere Beurteilung als 2008. Doch lässt sich diese nicht einfach verallgemeinern. Über die Zeit gesehen gilt nämlich, dass der Anteil der Negativantworten seit den 90er-Jahren klar ansteigt, 2004 seinen Höhepunkt hatte und seither nicht ganz konstant, im Trend aber wieder etwas zurückgeht.

Grafik 18

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben nach Haushaltseinkommen in Prozent Stimmberechtigter



■ eher mehr ■ etwa gleich viel
■ eher weniger ■ weiss nicht/keine Antwort

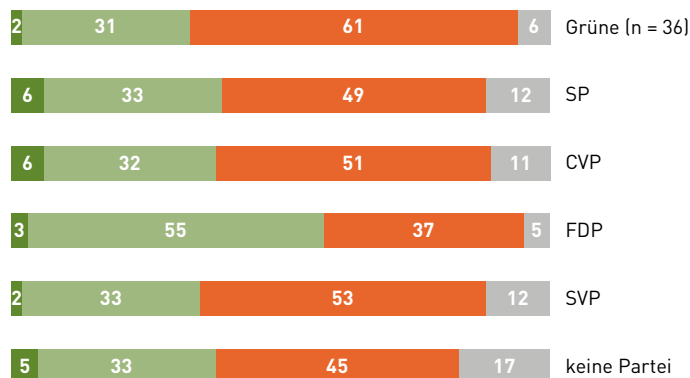
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

Quasi unverändert ist die Abhängigkeit dieser Einstellung vom Haushaltseinkommen. Am neutralsten sind die Urteile in der höchsten Einkommensklasse, obwohl sie, objektiv betrachtet, überdurchschnittlich viel bezahlt. Mit dem höchsten Anteil Unentschlossener (17 Prozent) aller Einkommensklassen zeigt sich auch, dass dies für die Bestverdienenden kein drängendes Thema ist. Am negativsten sind die Bewertungen in der oberen respektive unteren Mittelschicht. Hier erreichen die Befragungswerte annähernd 50 Prozent. In der mittleren Mittelschicht und in der Unterschicht sind sie geringer.

Grafik 19

«Alles in allem, bekommen Sie vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?»

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben nach Partei in Prozent Stimmberechtigter



■ eher mehr ■ etwa gleich viel
■ eher weniger ■ weiss nicht/keine Antwort

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

Es finden sich aber auch parteipolitische Einflüsse auf das Antwortverhalten. Besonders erwähnt sei die Wählerschaft der FDP: Über die Hälfte der FDP-Wähler gaben an, dass das Verhältnis der Leistungen, die ihnen der Staat bietet, ausgeglichen ist zu dem, was sie dem Staat über Steuern zur Verfügung stellen. Den negativsten Eindruck im Verhältnis zwischen staatlichen Leistungen und Steuerabgaben haben die Wählerinnen und Wähler der Grünen, gefolgt von der Basis der SVP. In beiden Parteilagern ist die negative Haltung mehrheitlich.

2.2.4 Zwischenbilanz

Die Zwischenbilanz ist mehrschichtig:

- Die empfundene Steuerbelastung ist seit 2008 eher kleiner geworden, die Begründungen des Steuerzahlens bleiben stabil. Längerfristige Trends können noch nicht abgeleitet werden.
- Die Austauschrelation zwischen Befragten und dem Staat ist zwischen negativ und neutral. Der Tiefpunkt war 2004, seither reduzieren sich die negativen Antworten leicht, so auch im Jahresvergleich 2008/2009.

2.3 Einstellung zu den öffentlichen Finanzen

2.3.1 Aufgaben- und Ausgabenprobleme

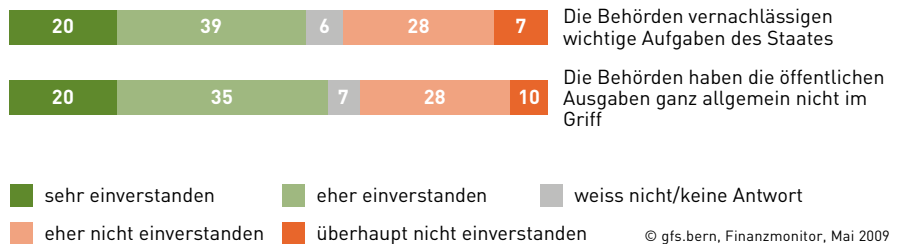
Die Deutung des zentralen Problems der öffentlichen Hand hat sich leicht von der Ausgaben- auf die Aufgabenseite verschoben.

Grafik 20

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?»

Aussagen zu Behörden

in Prozent Stimmberechtigter



59 Prozent der Befragten sind sehr oder eher einverstanden, wenn man sagt, der Staat vernachlässige heute wichtige Aufgaben. Dem widersprechen 35 Prozent.

Der kurzfristige Trend verweist auf eine leichte Zunahme. Über die Jahre gesehen kann man sagen, dass der Eindruck in dieser Frage seit 2002 immer kritischer wird. Es haben sich selbst die Mehrheiten verändert.

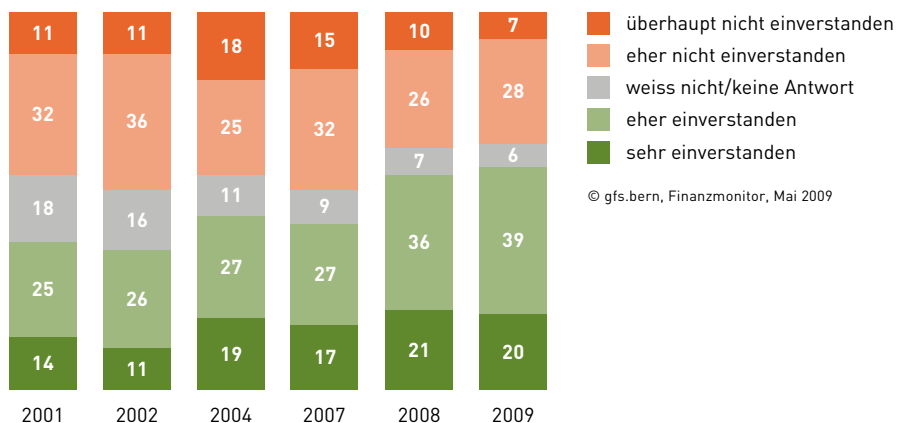
Grafik 21

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»

«Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates.»

Trend Aussagen zu den Behörden: Vernachlässigung der Aufgaben

in Prozent Stimmberechtigter



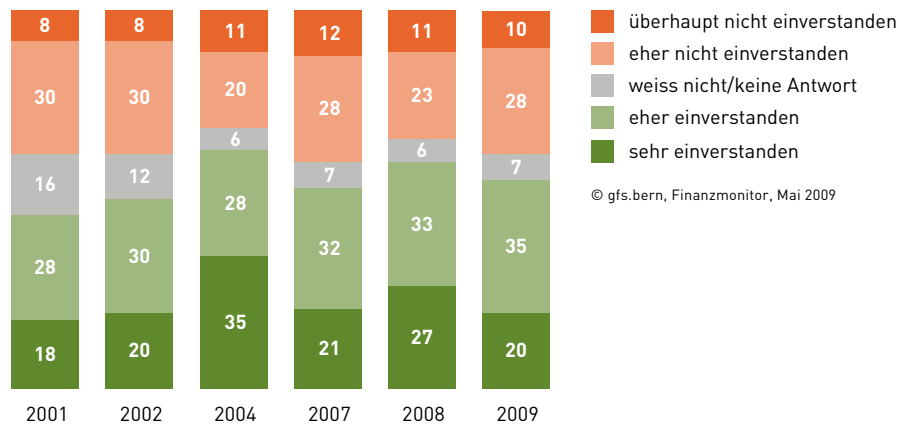
55 Prozent sind der Auffassung, die Behörden haben die Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff. Hier zeigt der kurzfristige Vergleich einen Trend nach unten. Bis 2004 entwickelte sich der Trend positiv, seither schwankt er bei insgesamt leichter Abnahme.

Grafik 22

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»

«Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff.»

Trend Aussagen zu den Behörden: Ausgaben nicht im Griff
in Prozent Stimmberechtigter

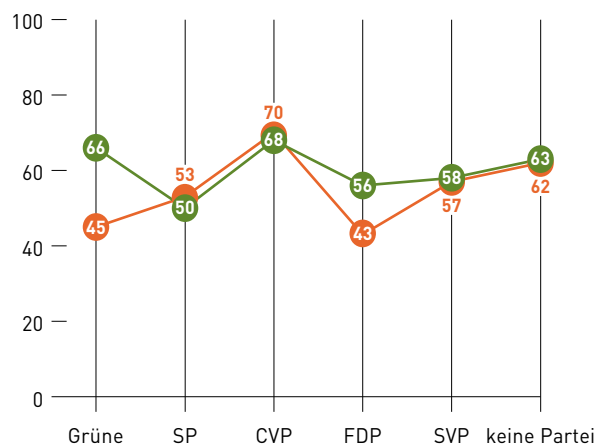


Hier finden sich parteipolitische Unterschiede. Die Grünen, aber auch die FDP orten in ihren Wählerschaften eher Aufgaben- als Ausgabenprobleme. Sie machen denn auch die aktuelle Differenz in der Beurteilung der beiden Indikatoren aus.

Grafik 23

«Wenn jemand Folgendes sagt, sind Sie dann sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?»

Aussagen zu Behörden nach Parteien
in Prozent Stimmberechtigter, sehr und eher einverstanden



- Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates
- Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

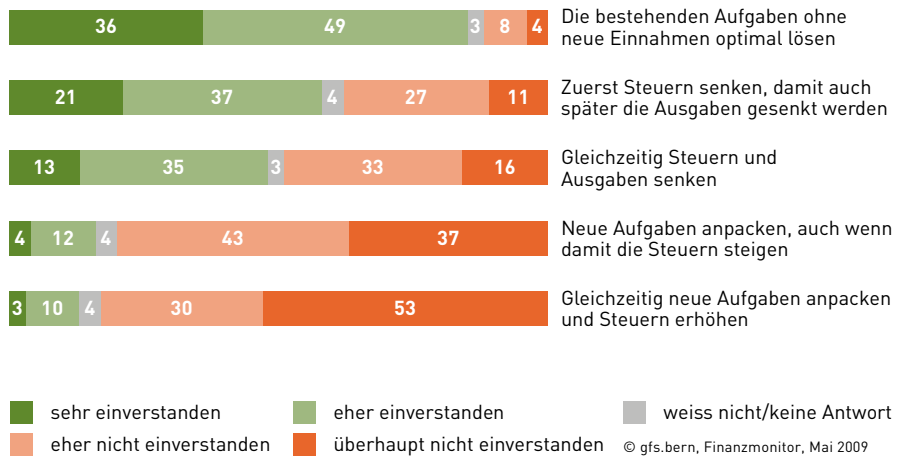
2.3.2 Generelle finanzpolitische Strategien

Unter den Stimmberechtigten gibt es unverändert einen grossen Konsens, wenn man sie auf finanzpolitische Strategien hin anspricht.

Grafik 24

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welcher Sie sehr einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

Strategien Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

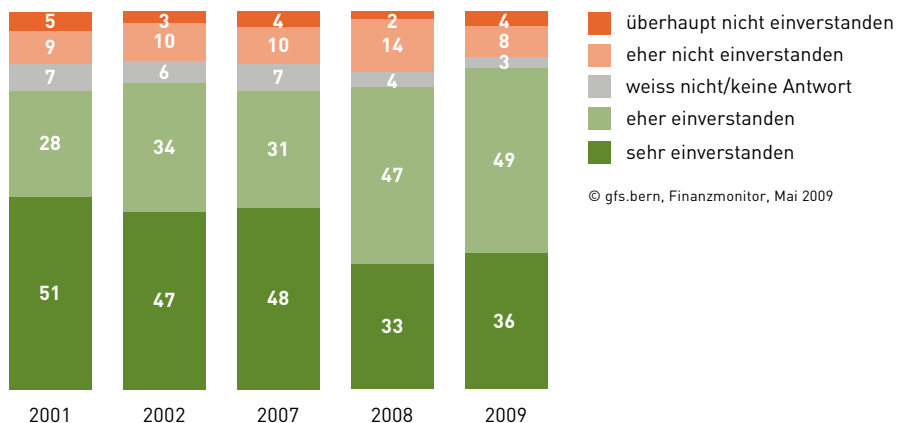


Es geht um den Pragmatismus. 85 Prozent schliessen sich der Auffassung an, es gehe darum, ohne neue Einnahmen die bestehenden Probleme zu lösen. Dem widersprechen nur zwölf Prozent mehr oder minder klar. Über die Zeit gesehen nimmt der Wert sogar leicht zu.

Grafik 25

«Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Aufgaben optimal lösen
in Prozent Stimmberechtigter

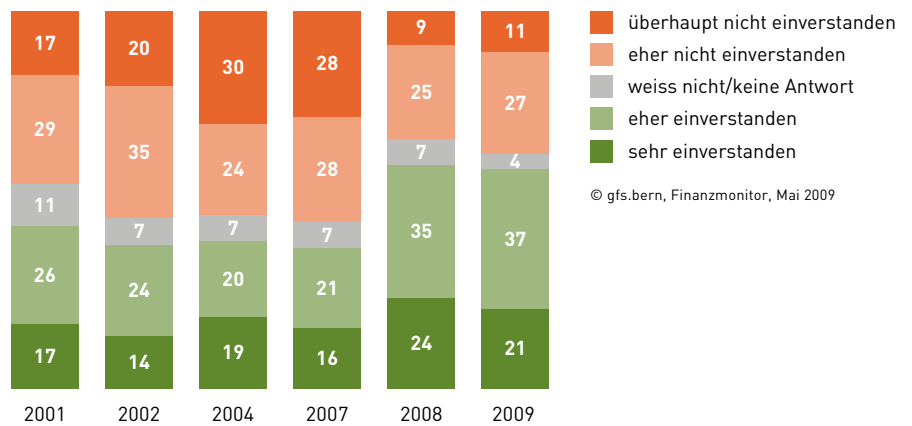


58 Prozent sind der Auffassung, man müsse sich aber auch eine harte Option offenlassen. Sie wollen die Steuern senken, um Druck auf die Ausgaben zu machen. Dabei sind sie der Meinung, die Steuersenkung solle zuerst erfolgen.

Grafik 26

«Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden.»

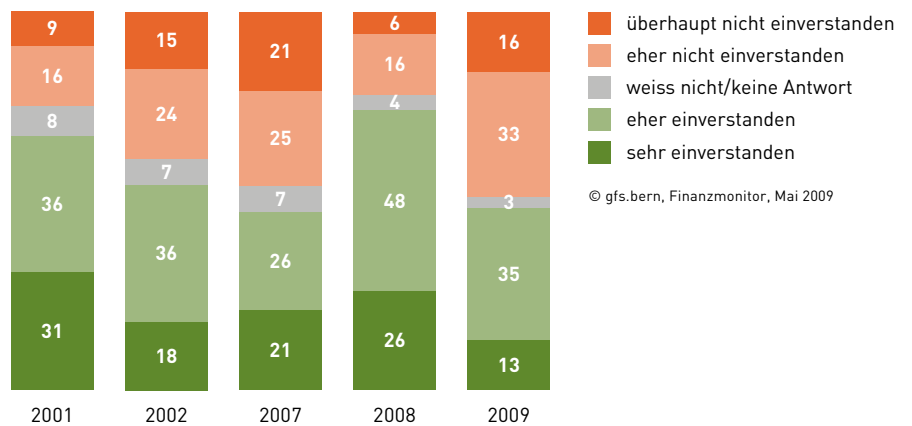
Trend Strategien Staatshaushalt: Zuerst Steuern senken
in Prozent Stimmberechtigter



Grafik 27

«Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Steuern und Ausgaben senken
in Prozent Stimmberechtigter

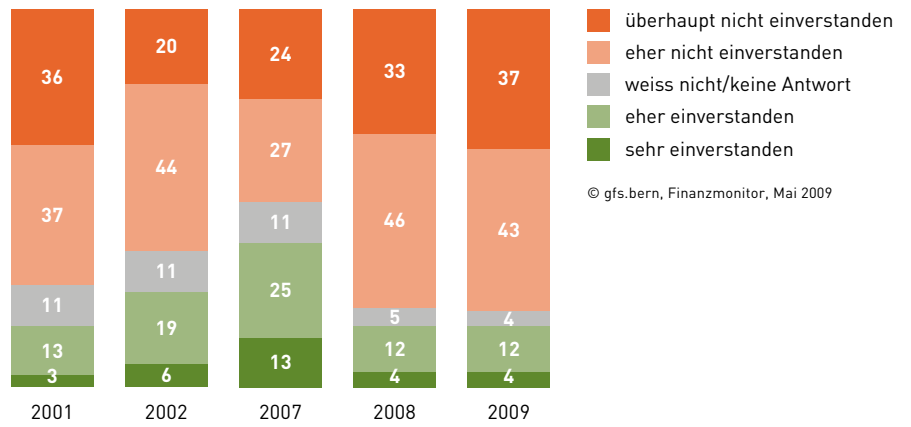


Dieser Anteil liegt zwischenzeitlich sogar höher als jener, der Steuern und Ausgaben gleichzeitig senken möchte. Das unterstützen 2009 nur noch 48 Prozent. Beide Werte sind rückläufig, wenn auch unterschiedlich stark. Vor allem zurückgegangen ist die moderate Position, die auf eine parallele Entwicklung setzt.

Grafik 28

«Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen.»

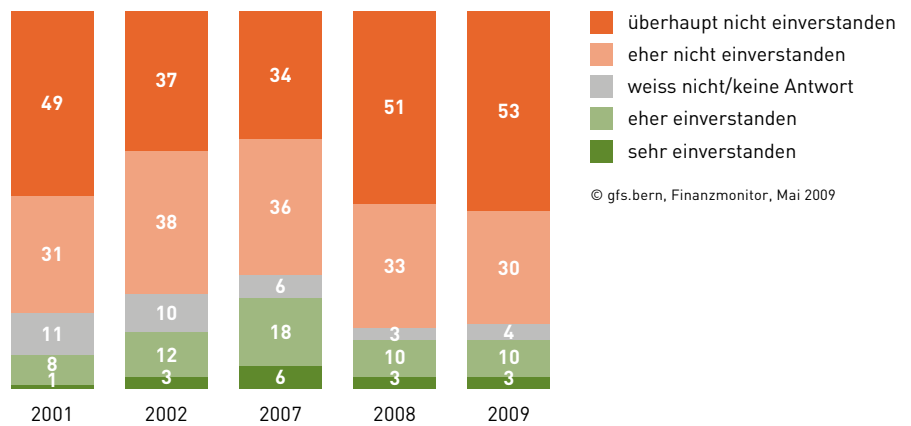
Trend Strategien Staatshaushalt: Neue Aufgaben anpacken
in Prozent Stimmberechtigter



Grafik 29

«Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen.»

Trend Strategien Staatshaushalt: Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen
in Prozent Stimmberechtigter



Generell kann man festhalten, dass die Einschätzung finanzpolitischer Strategien die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger polarisiert. Steuererhöhungen kommen nur für sehr kleine Minderheiten in Frage. Für unveränderte 13 Prozent ist es richtig, dass man Aufgaben anpackt, um danach zu sehen, ob es dafür mehr Steuern braucht oder nicht. 16 Prozent würden Steuererhöhungen bejahen, wenn damit vernachlässigte Aufgaben angepackt werden könnten. Auch dieser Wert ist kurzfristig unverändert.

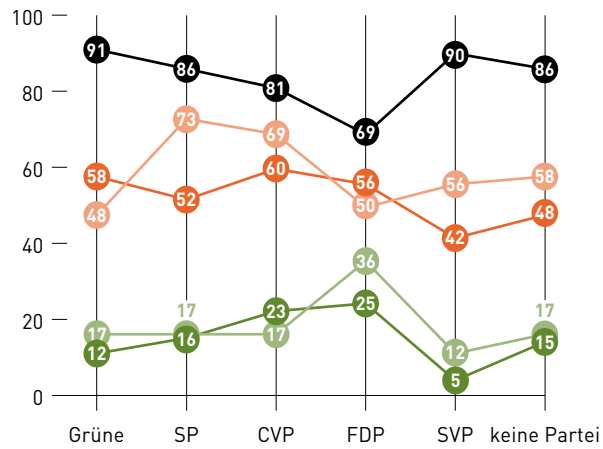
Parteilpolitisch gesehen sind die Unterschiede nicht fundamental, aber vorhanden. Der Konsens besteht nur bei der pragmatischen Betrachtungsweise.

Grafik 30

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welcher Sie sehr einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

Strategien Staatshaushalt nach Parteien

in Prozent Stimmberechtigter, sehr und eher einverstanden



- Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen
- Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken
- Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden
- Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen
- Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

Überraschenderweise sind die Anhänger von SP und CVP am ehesten der Meinung, man solle die Steuern senken, selbst wenn das Einschnitte in der Aufgabenerfüllung mit sich bringe. Bei der FDP ist man der Ansicht, beides müsse miteinander reduziert werden. Wo es aufgabenseitig nötig ist, könne man auch neue Steuern erheben, findet hier zudem eine relevante Minderheit, die überdurchschnittlich gross ist.

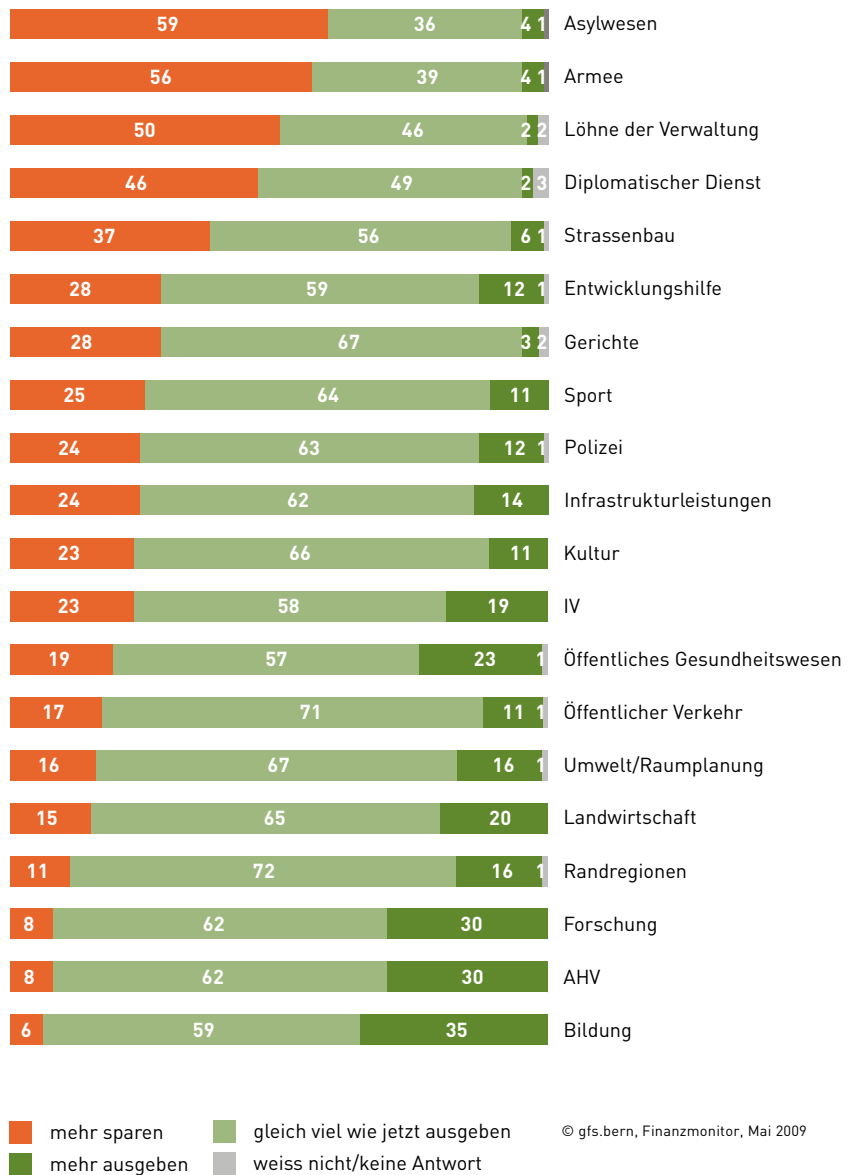
2.3.3 Spar- und Ausgabenbereiche

Analog zu den obigen Ausführungen gibt es verschiedene Bereiche, in denen man aus Bürger- und Bürgerinnensicht die Staatsaufgaben und Staatsausgaben reduzieren könnte.

Grafik 31

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Öffentliche Ausgaben: mehr sparen in Prozent Stimmberechtigter

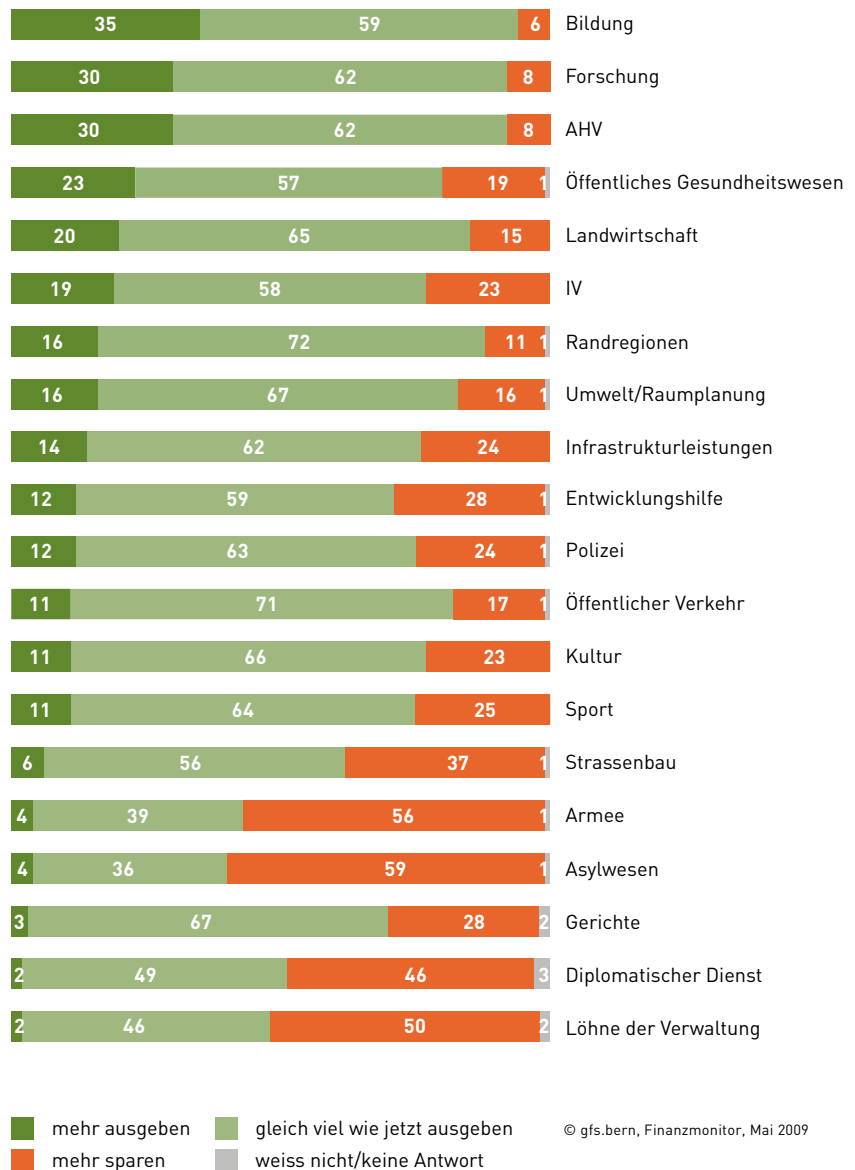


Mehr sparen gilt in erster Linie für das Asylwesen. 59 Prozent sind hier für Abbau, vier Prozent für Ausbau. Der Indexwert, der sich aus der Differenz beider Zahlen ergibt, verweist mit 55 Prozent sehr klar in Richtung Verringerung. Das gilt mehrheitlich auch für die Armee, bei der wir einen Indexwert von 52 Prozent festhalten. Spricht man die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf die Löhne in der Verwaltung an, sind sie ebenfalls für vermehrtes Sparen. Der Index erreicht hier einen Wert von 48 Prozent. Er liegt bei 44 Prozent, wenn es um den diplomatischen Dienst geht. Recht klar positiv ist er mit 31 Prozent auch beim Strassenbau.

Grafik 32

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Öffentliche Ausgaben: mehr ausgeben in Prozent Stimmberechtigter



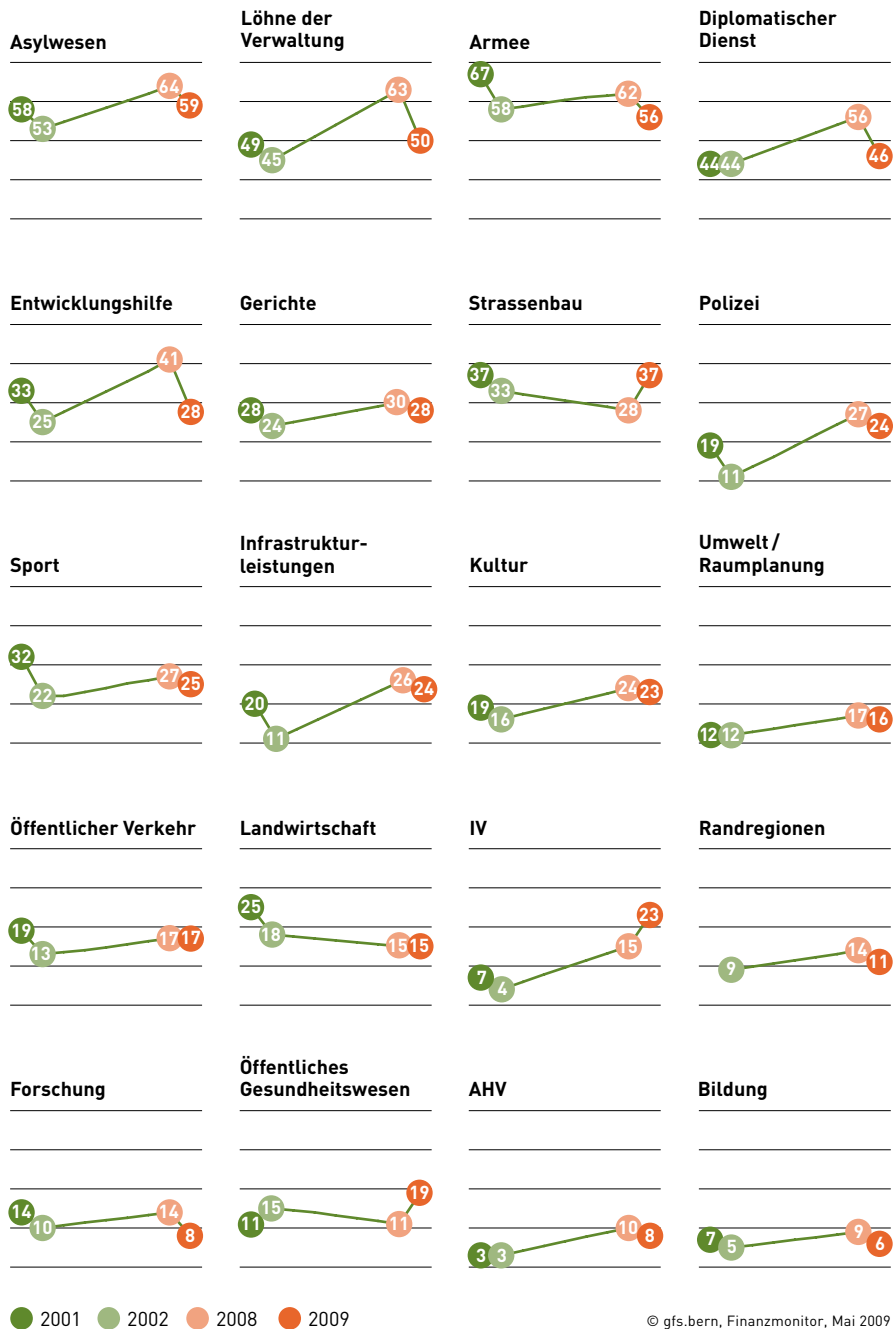
In den übrigen Bereichen des Staatshaushalts nähern sich die Grössenordnungen derjenigen an, die weniger respektive mehr ausgeben wollen. Klar positiv ist der Indexwert in drei Bereichen: Bildung (35 Prozent), AHV und Forschung (je 30 Prozent).

Zeitlich gesehen gibt es bezüglich der Sparwünsche einige bemerkenswerte Veränderungen. Vor allem die IV und das öffentliche Gesundheitswesen werden von der Sparneigung der Bevölkerung nicht mehr ausgenommen, wie das vor kurzem noch der Fall war. Zwischenzeitlich will man, dass sich auch diese Bereiche den allgemeinen Gegebenheiten anpassen. Dies gilt im Trend ausdrücklich nicht für die Löhne der öffentlich Bediensteten, wo die zentrale Kritik schon etwas zurückliegt.

Grafik 33

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Trend öffentliche Ausgaben: mehr sparen
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

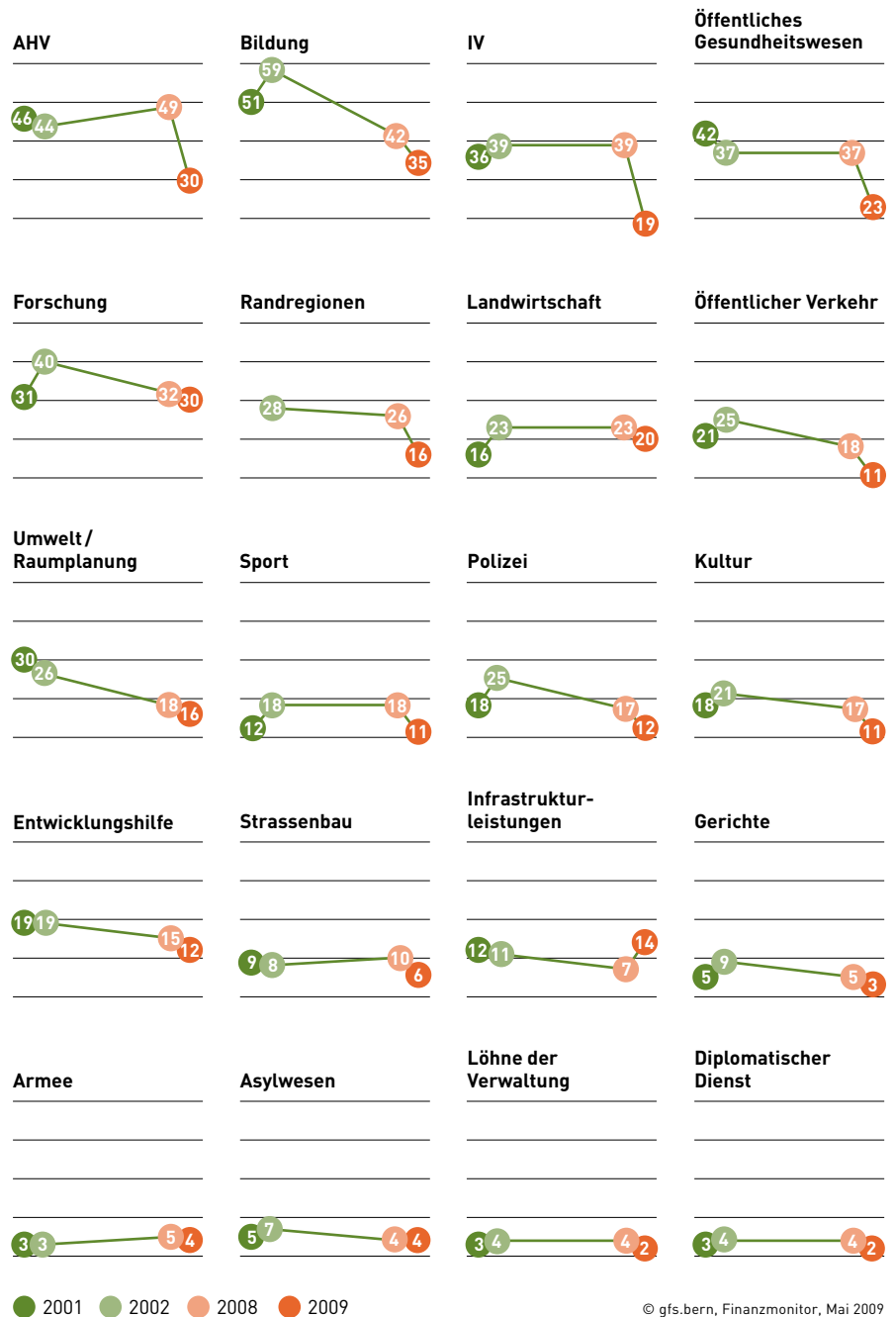
Parteilpolitisch gibt es hier einige Unterschiede: Die IV ist vor allem für Bürgerliche zum Sparsbereich geworden. Im Gesundheitswesen weniger ausgeben ist ein Thema für die CVP-Wählerinnen und -Wähler und für die Parteungebundenen, während die Wählerinnen und Wähler von SP und FDP weniger für die Randregionen ausgeben würden. SVP-Wähler wollen vor allem im Asylwesen mehr sparen, während die Linken gerne weniger für Armee, Verwaltung und Diplomatie ausgeben würden.

Bezüglich spartenspezifischer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zeigt 2009 der Trend generell nach unten. Einzige Ausnahme ist der Bereich der Infrastrukturleistungen. Gegenüber 2008 hat sich der Anteil derjenigen, die wünschen, dass der Staat dafür mehr ausgeben soll, von sieben Prozent auf 14 Prozent verdoppelt. Es ist davon auszugehen, dass sich hier die Debatte um antizyklische Konjunkturförderung durch Erhöhung der Staatsausgaben für Projekte zur langfristigen Verbesserung der Infrastruktur niederschlägt.

Grafik 34

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

Trend öffentliche Ausgaben: mehr ausgeben
in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

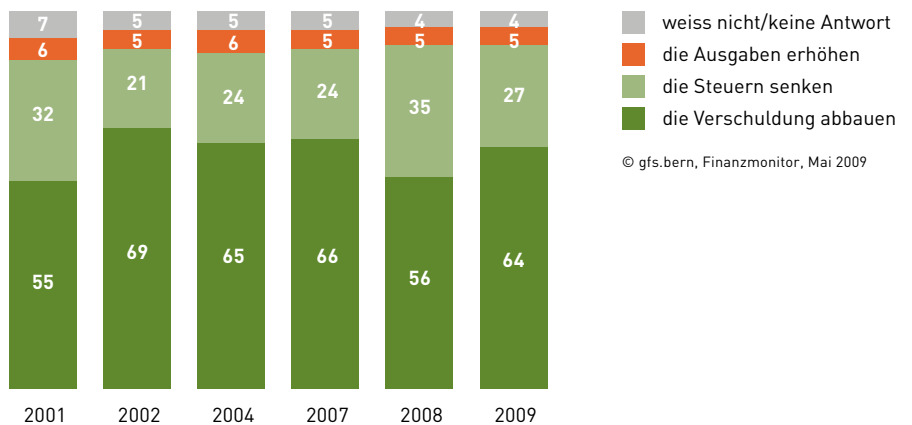
2.3.4 Prioritäten bei Defiziten respektive Überschüssen im Staatshaushalt

Wenn Staatshaushalte Überschüsse produzieren, hat der Abbau der Verschuldung für 64 Prozent der Stimmberechtigten Priorität. 27 Prozent sind für Steuersenkungen. Damit regiert in diesem Fall nicht die kurzfristige Reaktion. Vielmehr ist man der Meinung, dass eine langfristig ausgerichtete Gesundung der öffentlichen Finanzen Vorrang hat. Die Werte sind bei leichten Jahreschwankungen fast unverändert, seit diese Fragestellung geprüft wird.

Grafik 35

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?»

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
in Prozent Stimmberechtigter

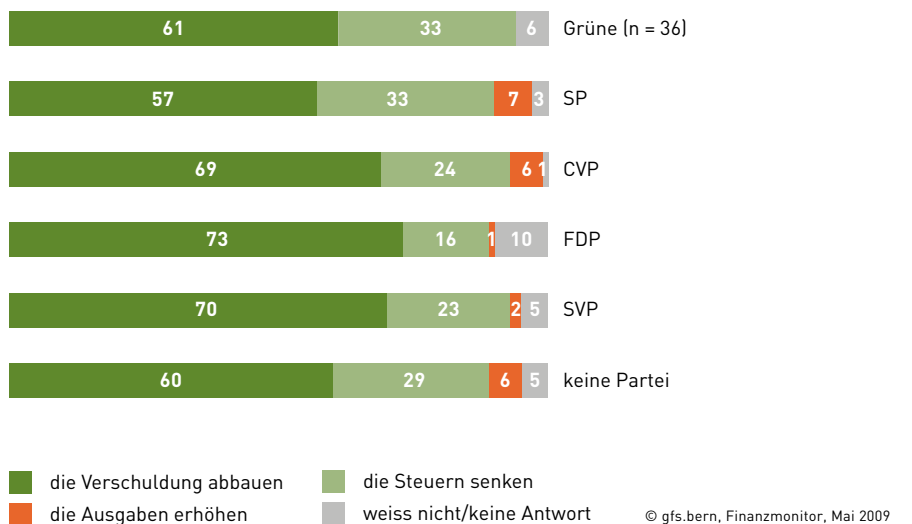


Parteilpolitisch gesehen sind die Linken eher mehr für Steuersenkungen, während die Mitte und die Rechte primär auf die Verschuldung zielen.

Grafik 36

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?»

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Partei
in Prozent Stimmberechtigter

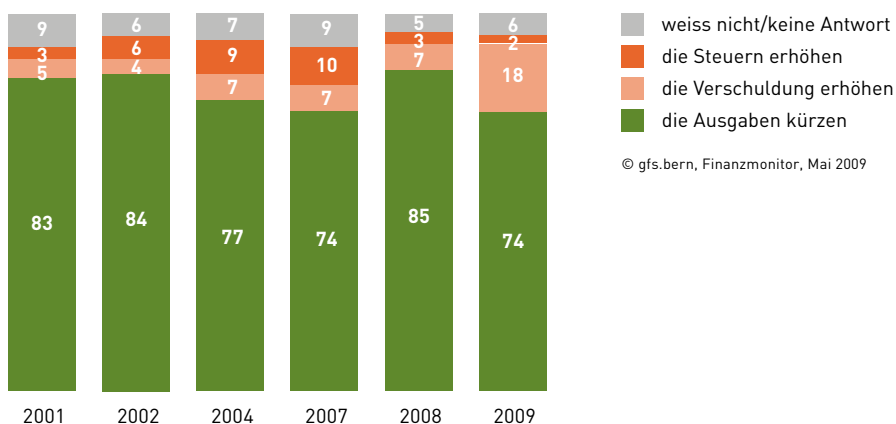


Klarer sind die Unterschiede hier nach Sprachregionen. Die Romands sind für Steuersenkungen, die deutsch- und italienischsprachigen Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich für die Reduktion von Staatsschulden.

Grafik 37

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?»

Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt in Prozent Stimmberechtigter



Bei Defiziten haben Ausgabenkürzungen noch einhellig den Vorrang; 74 Prozent halten das für die richtige Massnahme. Analog zu obiger Ausführung finden es nur 18 Prozent richtig, dass man sich neu verschuldet, und nur zwei Prozent sind in erster Linie für Steuererhöhungen. Zeitlich gesehen gibt es zwar leichte Verschiebungen, indem die Neuverschuldung auf ganz tiefem Niveau leicht akzeptierter wird. An den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen ändert das aber noch nichts. Auffällige Unterschiede nach Parteien und Sprachregionen gibt es hier nicht.

2.3.5 Zwischenbilanz

- ▶ Das Ausgabenproblem hat leicht abgenommen, bleibt aber mehrheitlich vorhanden. Der Rückgang führt zu einer tendenziellen Verschiebung hin zum Aufgabenproblem, denn dieses wird unverändert wahrgenommen.
- ▶ Der finanzpolitische Minimalkonsens besteht unverändert darin, mit den bestehenden Mitteln die Probleme zu lösen. Steuererhöhungen werden unverändert klar abgelehnt. Attraktiv scheint unverändert, Steuern zu senken, um den Druck auf die Ausgaben hochzuhalten.
- ▶ Bei Haushaltsdefiziten werden Ausgabenkürzungen mehrheitlich akzeptiert; der Trend lässt aber leicht nach.
- ▶ Bei Haushaltsüberschüssen sollen die Schulden abgebaut werden. Der Trend ist eher zunehmend.
- ▶ Sparen will man in erster Linie im Asylwesen, bei der Armee, in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst. Mehrausgaben kommen in den Bereichen Bildung, Forschung und AHV in Frage. Tendenziell neu vom Spardruck erfasst sind die IV und das Gesundheitswesen.
- ▶ Die linke Wählerschaft ist eindeutig weniger ausgabenfreudig als ihre Parteispitzen.

2.4 Beurteilung der Akteure in der Finanz- und Steuerpolitik

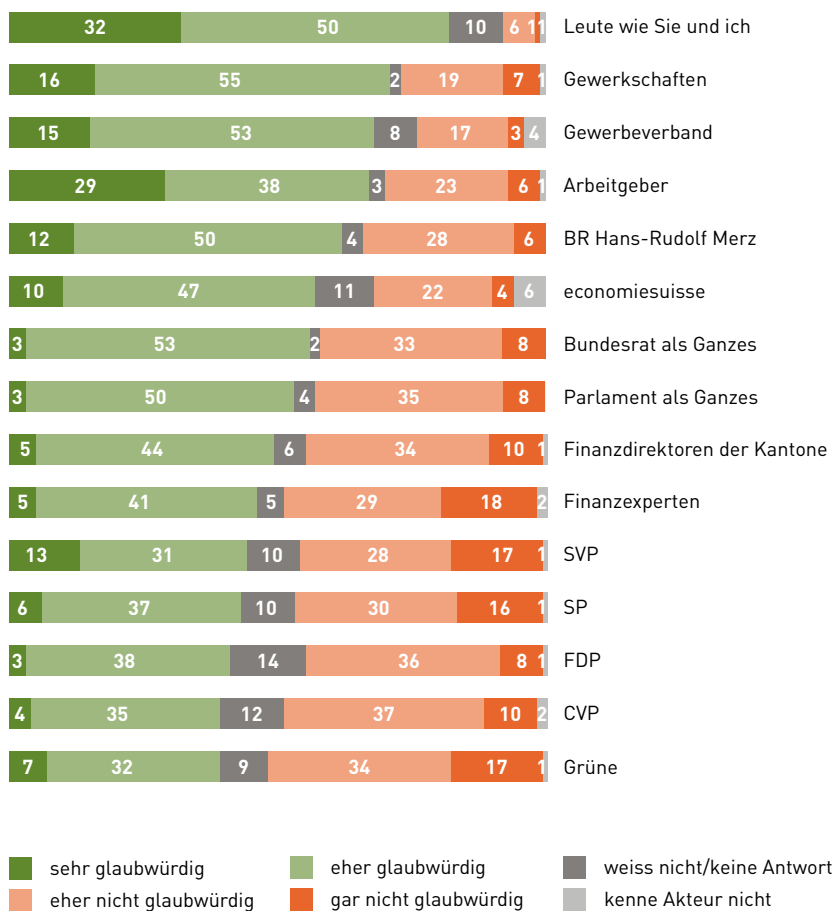
2.4.1 Die Akteure im Überblick

Unverändert gilt: Sich selbst hält man in Steuer- und Finanzfragen für kompetent genug, um vernünftige Entscheidungen fällen zu können. Darin kommt auch 2009 ohne jeden Abstrich die republikanische Gesinnung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck.

Grafik 38

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind, wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

Glaubwürdigkeit Akteure der Finanz- und Steuerpolitik in Prozent Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2009

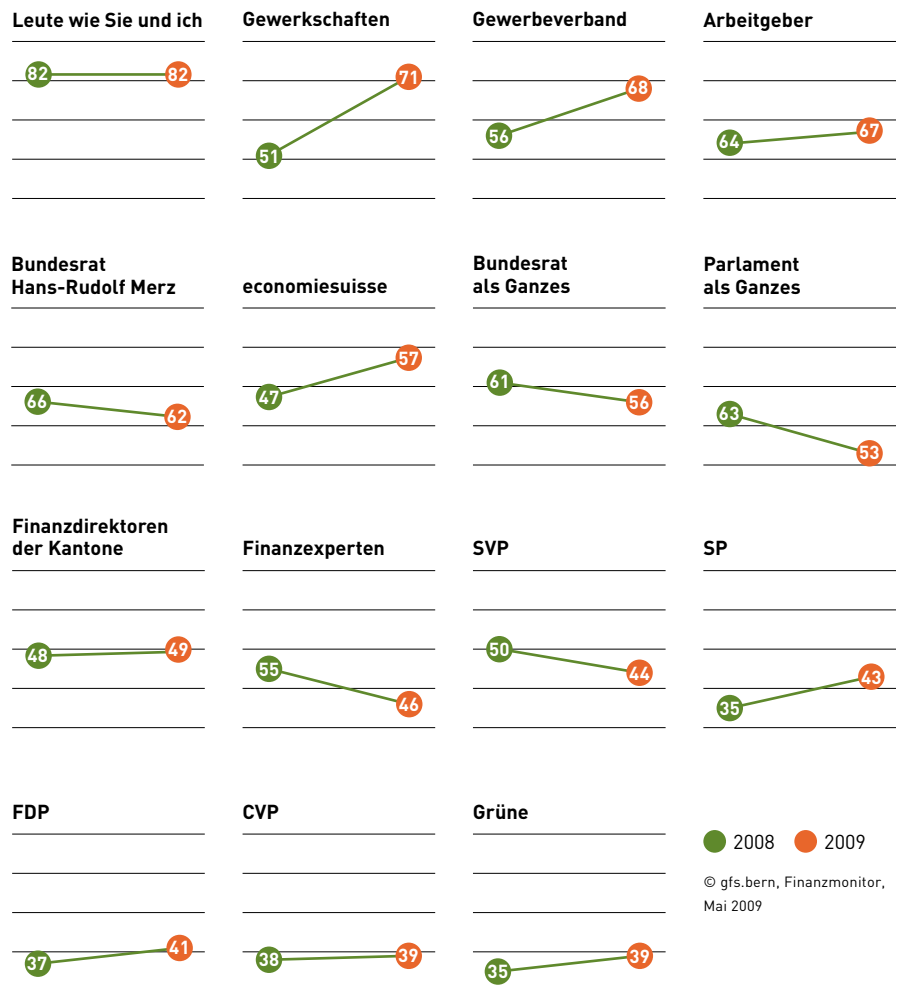
82 Prozent sind nämlich der Meinung, «Leute wie Sie und ich» seien in der Finanzpolitik der beste Massstab. Ein solch positives Selbstbild der Bürgerschaft haben die Stimmberechtigten in keiner anderen Frage. Im Zeitverlauf hat sich der Wert nicht verändert.

Grafik 39

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

Trend Glaubwürdigkeit Akteure der Finanz- und Steuerpolitik

in Prozent Stimmberechtigter, sehr glaubwürdig und eher glaubwürdig

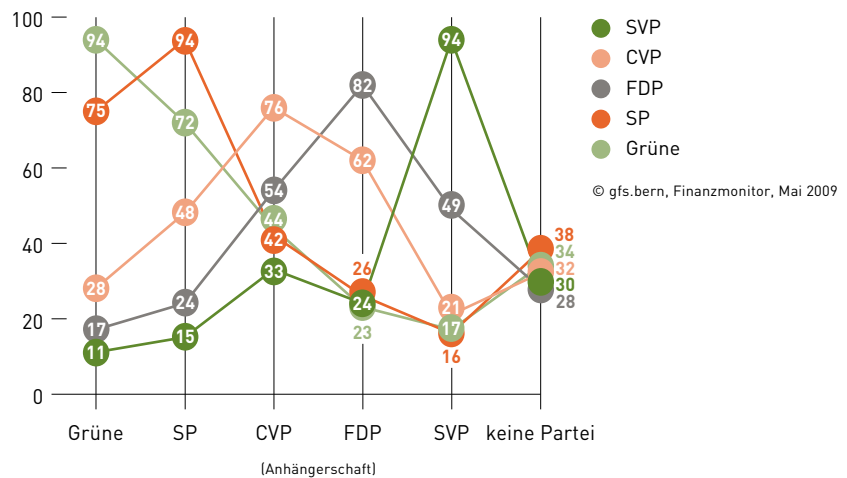


In Finanz- und Steuerfragen schneiden auch die Gewerkschaften einerseits, der Gewerbeverband, die Arbeitgeber und economiesuisse andererseits gut ab. Deren Kompetenzen in diesem Politikfeld werden von einer Mehrheit gesehen. Zeitlich betrachtet nehmen die Zustimmungswerte im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit eher zu als ab. Das ist bei den politischen Behörden so nicht der Fall. Bundesrat Merz, der Bundesrat als Ganzes und das Parlament erhalten 2009 schlechtere Noten als die meisten Vertreter der Wirtschaft. Die Tendenz ist eher fallend. Das gilt ausdrücklich auch für Finanzexperten, die nur noch minderheitlich akzeptiert werden.

Grafik 40

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind, wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

Glaubwürdigkeit Akteure der Finanz- und Steuerpolitik nach Parteien
in Prozent Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



Die Parteien rangieren am Schluss dieser Liste. Das ist weder neu noch themenspezifisch. Der Hauptgrund liegt darin, dass sich die meisten Parteianhängerschaften nur an der eigenen Partei ausrichten und sie für glaubwürdig halten. Das gilt ganz besonders für SVP-Wählerinnen und -Wähler, während jene der FDP und der CVP auch die jeweils andere Partei mehrheitlich positiv bewerten. Ähnliches kann für SP und Grüne festgehalten werden.

2.4.2 Zwischenbilanz

- ▶ Man fühlt sich unverändert selber befähigt, in diesen Fragen vernünftige Entscheidungen zu treffen.
- ▶ Die Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsorganisationen wie den Gewerkschaften einerseits, dem Gewerbeverband und economiesuisse andererseits wächst.
- ▶ Die Glaubwürdigkeit des Parlaments, des Bundesrats und des Finanzministers ist angeschlagen.
- ▶ Glaubwürdigkeit von Parteien gibt es unter den eigenen Wählerinnen und Wählern und innerhalb des dreigeteilten politischen Feldes (SVP vs. FDP/CVP vs. SP/Grüne).

3 Synthese

Die zentrale Fragestellung des Finanzmonitors 2009 lautet: Wirkt sich die aktuelle Wirtschaftslage auf die Finanzgesinnung der Bürgerinnen und Bürger aus, und wenn ja, in welcher Form respektive in welche Richtung?

Die generelle Antwort lautete: Es finden sich punktuelle Auswirkungen, aber auch in Krisenzeiten hält der Souverän an einer eher konservativen Finanzpolitik fest. Diese Bilanz führte denn auch zum Titel des Jahresberichts.

Auswirkungen zeigen sich beispielsweise bei der Glaubwürdigkeit der Akteure. Bundesrat Merz, der Bundesrat und das Parlament als Ganzes werden kritischer beurteilt. Das gilt ganz ausdrücklich auch für die Finanzexperten, die sich regelmässig in den Medien äussern und Ratschläge erteilen. Es betrifft jedoch nicht die kantonalen Finanzdirektoren.

Auswirkungen halten wir auch für das Bild der Wirtschaftsakteure fest. Die Gewerkschaften haben klar zugelegt. Der Gewerbeverband und *economiesuisse* sind ebenfalls glaubwürdiger geworden. Sachverstand wird demnach vor allem in den wirtschaftsnahen Organisationen gesehen.

Auswirkungen ergeben sich auch bei den Sparbereichen. Die IV, das Gesundheitswesen und der Strassenbau wurden neu davon erfasst. Anders als in den Vorjahren will man hier viel weniger als bisher Ausnahmen machen.

Wenn die Auswirkungen damit recht beschränkt bleiben, hat das nicht etwa damit zu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger die Wirtschaftskrise nicht wahrnehmen würden. Mehrheiten reagieren entsprechend den objektiven Indikatoren zutreffend in die negative Richtung.

Finanzpolitische Erwägungen der Stimmberechtigten werden nicht nur durch kurzfristige Erwägungen bestimmt, die sich aus Rezession oder Konjunktur ableiten. Das haben wir schon im Finanzmonitor 2008 angedeutet und können es auch hier wiederholt zeigen.

Ein wichtiger Grund für die Konstanz liegt ohne Zweifel darin, dass die empfundenen Belastungen durch Steuern bisher nicht stärker beklagt werden. Man weiss um die Pflichten, die man hat, und man weiss um die Bedeutung von Steuern für das Funktionieren des Staates. Freude entsteht dadurch nicht, aber Einsicht in die Notwendigkeit.

Praktisch unverändert ist auch die Austauschrelation zwischen sich selbst und dem Staat. Sie bleibt neutral bis negativ. Sie verändert sich aber nicht mehr zu Ungunsten der Bürgerinnen und Bürger, wie das bis 2004 über zehn Jahre der Fall war. Vielmehr gehen die Klagen über mangelnde Ausgabendisziplin leicht zurück.

Das hat zur Folge, dass man an den bewährten finanzpolitischen Strategien festhalten will: Zunächst sei an den vorherrschenden Pragmatismus erinnert. Die bestehenden Mittel sollen so optimal eingesetzt werden, dass man die anstehenden Aufgaben angemessen lösen kann.

Steuererhöhungen kommen grossmehrheitlich nicht in Frage, um die Aufgaben besser erfüllen zu können. Als Option sieht man eher noch Steuersenkungen vor, um den Ausgabendruck hochzuhalten.

Sparen würde man aktuell vor allem im Asylwesen, aber auch bei der Armee, in der Verwaltung und in der Diplomatie. Das gilt wohl auch für den Strassenbau. Neu in die Sparoptik gerückt sind die IV und das öffentliche Gesundheitswesen. Klare Ausnahmen werden unverändert bei Bildung, Forschung und AHV gemacht.

Sollten Defizite in den Staatshaushalten auftreten, unterstützt eine Mehrheit Ausgabenreduktionen. Bei allfälligen Überschüssen will man mit Priorität die Schulden abbauen.

Insgesamt überwiegt damit die längerfristige Betrachtung in der Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das erklärt denn auch, warum die erheblichen Einschnitte aus der Wirtschaftslage das grundlegende Gefüge nicht aus dem Lot geworfen haben. Eher noch kann man sagen, dass sich unterschiedliche parteipolitische Sichtweisen entwickeln. So findet die FDP-Wählerschaft die aktuelle Finanzlage auffällig undramatisch, während die Basis der SP und teilweise auch diejenige der Grünen viel eher als ihre Parteispitzen den Sparstift ansetzen würde.

Das gfs.bern-Team

Claude Longchamp

Institutsleiter, Politikwissenschaftler

Urs Bieri

Mitglied der Geschäftsleitung, Politikwissenschaftler

Matthias Bucher

Projektleiter, Sozialpsychologe

Stephan Tschöpe

Datenanalytiker/Programmierer

Martina Imfeld

Projektassistentin

Silvia-Maria Ratelband-Pally

Projektadministratorin

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch